

# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

**Auszug aus:**

*Entnazifizierung und Re-Education*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)



## Entnazifizierung und Re-Education – Umgang mit dem Nationalsozialismus in den Besatzungszonen

Wolfgang Heinrichs



Die Vergangenheitsbewältigung im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre war wesentlich bestimmt von den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Alliierten. Die praktische Umsetzung der Entnazifizierung verlief in jeder Besatzungszone unterschiedlich. Während Re-Education-Maßnahmen in den westlichen Besatzungszone die Bindung an den Westen fördern sollte, zwang in der SBZ zynapfische Ideologie Ermaue, die Schüler:innen und Schüler:innen auf das Problem der Entnazifizierung in Deutschland nach 1945 und diskutieren den Umgang damit.

RAABE  
LEHRER:INNE

# Entnazifizierung und Re-Education – Umgang mit dem Nationalsozialismus in den Besatzungszonen

Wolfgang Heinrichs



© RAABE 2024

Foto: sz-photo

Die Vergangenheitsbewältigung im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre war wesentlich bestimmt von den verschiedenen geopolitischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Alliierten. Die praktische Umsetzung der Entnazifizierung verlief in jeder Besatzungszone unterschiedlich. Während Re-Education-Maßnahmen in den westlichen Besatzungszonen die Bindung an den Westen fördern sollte, hielt in der SBZ sowjetische Ideologie Einzug. Die Schülerinnen und Schüler analysieren das Problem der Entnazifizierung in Deutschland nach 1945 und diskutieren den Umgang damit.

# Entnazifizierung und Re-Education – Umgang mit dem NS in den Besatzungszonen

Wolfgang Heinrichs

<b>Fachwissenschaftliche Hinweise</b>	<b>1</b>
Die Entnazifizierung wichtiger staatlicher und politischer Stellen	1
Die US-amerikanische Entnazifizierungspolitik	2
Der Wandel der US-amerikanischen Politik	3
Re-Education, Konfrontation und Kultur	4
Die Wiedereinrichtung der öffentlichen Medien	5
Die britische und französische Besatzungszone	5
Die sowjetische Besatzungszone	6
Kultur und Medien in der SBZ	8
<b>Didaktisch-methodische Hinweise</b>	<b>9</b>
<b>Weiterführende Medien</b>	<b>10</b>
<b>Materialien und Aufgaben</b>	<b>12</b>
Deutschland vor und nach der Katastrophe	12
Neuanfang und Entnazifizierung in den Besatzungszonen	16
Die britische Besatzungszone	36
Die französische Besatzungszone	42

Die sowjetische Besatzungszone	44
Re-Education, Parteigründung und Kulturboom	57
Klausurvorschlag	74
Lösungsvorschläge	78

## Die Schülerinnen und Schüler lernen:

Die Schülerinnen und Schüler können den Begriff „Entnazifizierung“ erklären und erläutern. Sie können die verschiedenen Maßnahmen in den Besatzungszonen beschreiben (Sachkompetenz). Die Lernenden erschließen sich gezielt Informationen über die Entnazifizierungsverfahren, lernen den fachgerechten Umgang mit Quellen und Darstellungen unter Berücksichtigung verschiedener Quellengattungen und setzen durch die angebotene Multiperspektivität Inhalte miteinander in Beziehung (Methodenkompetenz). Darüber hinaus beurteilen die Schülerinnen und Schüler die Prozesse der Entnazifizierung im Blick auf ihre Akzeptanz, ihre Durchsetzung im Bewusstsein der Menschen und deren Identifikation mit der Demokratie. Sie erörtern das Für und Wider der Aus- und Eingliederung der vom NS-System mehr oder weniger Belasteten (Urteilskompetenz). Die Schülerinnen und Schüler vertreten eine eigene Position und können diese in einer kontroversen Diskussion angemessen vertreten. Sie entwerfen Handlungsoptionen zum Schutz vor Menschenrechtsverletzungen (Handlungskompetenz).

## Überblick:

Legende der Abkürzungen:

BA Bildanalyse                      IR Internetrecherche                      KA Kartenarbeit  
 QA Quellenanalyse                      TA Textarbeit

Thema	Material	Methode
Deutschland vor und nach der Katastrophe	M1–M2	BA, KA
Neuanfang und Entnazifizierung in den Zonen	M3–M4	BA, QA
Die britische Besatzungszone	M5–M7	BA, QA,
Die französische Besatzungszone	M8	QA
Die sowjetische Besatzungszone	M9–M13	BA, IR, QA
Re-Education, Parteigründung und Kulturboom	M14–M19	BA, QA
Klausurvorschlag	M20	QA



## Fachliche Hinweise

Die Vergangenheitsbewältigung im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre war wesentlich bestimmt von den verschiedenen geopolitischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen, kulturellen und ideologischen Zielvorstellungen der Alliierten.

Einig waren sich die Siegermächte darüber, dass der Nationalsozialismus ausgelöscht und dessen Gräueltaten gesühnt werden mussten. Uneinig waren sie sich über die Neuordnung Europas und speziell Deutschlands. Die von Roosevelt und Churchill vereinbarte Atlantik-Charta vom 14. August 1941 unterstreicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ein internationales Bündnis sollte dauerhaften Frieden und Wohlstand für alle Völker garantieren. Aggressorstaaten müssten um des Weltfriedens Willen entwaffnet werden. Alle Nationen, so der Ansatz Großbritanniens und der USA, seien am freien Welthandel zu beteiligen und sollten einen gleichberechtigten Zugang zu Rohstoffen besitzen.

Die Vorstellungen der Sowjetunion gingen dagegen dahin, dass das kommunistische, politisch-ökonomische System der UdSSR weite Teile von Osteuropa zu umfassen habe. Europa sei vom Faschismus und der kapitalistischen Marktwirtschaft zu befreien. Hieraus ergaben sich unterschiedlichen Aufbaukonzept für Deutschland im Zuge der in Potsdam (Juli/August 1945) vereinbarten sogenannten „Vier D's“: Denazifizierung, Demokratisierung, Demilitarisierung und Dezentralisierung.

### Die Entnazifizierung wichtiger staatlicher und politischer Stellen

Durch die „politische Säuberung“ sollten die Repräsentanten des NS an den politischen Schaltstellen der staatlichen Exekutive durch demokratisch-loyales Personal ersetzt werden, speziell in Justiz, Polizei und Armee, zudem in schulischen Einrichtungen. Auch die Wirtschaft war nach dem ursprünglichen Plan der Siegermächte zu entnazifizieren. Damit sollte eine Neugestaltung Deutschlands erfolgen. Der Bestand an minder- oder gar unbelasteten staatlichen Funktionsträgern war allerdings äußerst gering, sodass ein Austausch der Eliten nahezu unmöglich schien. Außerdem war der immense bürokratische Aufwand kaum zu bewältigen. Von Anfang an schwankten die Nachkriegsgesellschaften der Besatzungszonen zwischen dem Vorwurf einer Kollektivschuld einerseits und den Schuldabwehrmechanismen (Nichtwissen, unbeteiligt, widerständig, Mitläufertum, Zwang) andererseits.

Ein langfristiger Verzicht auf eine Kooperation war kaum denkbar: Einerseits wegen der Herausforderung, die prekäre Ernährungs-, Arbeits-, Flüchtlings- und Wohnungslage zu bewältigen, andererseits wegen der politischen Krise des aufkommenden Kalten Krieges, in dem der Status Deutschlands eine besondere Rolle gewann. Die Entnazifizierung verlief jedoch in den Besatzungszonen divergent.

## Die US-amerikanische Entnazifizierungspolitik

Mit der sogenannten *USFET*-Direktive (*US Forces European Theater*) vom 7. Juli 1945, nach der jedes NSDAP-Mitglied, das vor dem 1. Mai 1937, dem Inkrafttreten des Reichsbeamtengesetzes, als Parteigenosse geführt wurde, zu entlassen war (nicht wie bis dahin vor dem 1. Mai 1933) sowie dem Gesetz Nr. 8 vom September 1945 trat eine zweite, verschärfte „Säuberungsphase“ ein. Bald schon erwies sich diese Gesetzesvorgabe jedoch als unpraktikabel, da mangels „unbelasteter“ Fachkräfte eine funktionierende Wirtschaft und Verwaltung kaum in Gang gesetzt werden konnte. So setzte mit dem sogenannten Befreiungsgesetz vom 5. März 1946 die dritte Phase der Entnazifizierung ein und endete schließlich mit der Einstellung der gesamten Überwachung durch die US-Militärregierung am 28. Mai 1948.

Die Entnazifizierung führte 1945/46 zu einer erheblichen Transformation des öffentlichen Dienstes. Nachsichtiger behandelte die Militärregierung die wirtschaftlichen Führungsschichten. Psychologisch bewirkte die Nichtbeteiligung der Deutschen in den ersten beiden Phasen ein tiefes Misstrauen gegenüber den Besatzern. Wer trotz Mitgliedschaft nur „Mitläufer“, und wer auch ohne Parteibuch ein überzeugter Nazi gewesen war, konnte außerdem teils nur schwer beurteilt werden.

Die US-Militärverwaltung ließ sich nur zögerlich auf eine Zusammenarbeit mit den Deutschen ein. Auch mit den sich in vielen Städten, gleich nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur gebildeten Antifaschistischen Ausschüssen gab es in den westlichen Zonen bei der Entnazifizierung und dem Wiederaufbau keine offene Zusammenarbeit. Das „Befreiungsgesetz“ übertrug die Entnazifizierung deutschen Spruchkammern und als zweiter Instanz Berufungskammern. Alle Deutschen über 18 Jahre waren nach diesem Gesetz per Fragebogen zu überprüfen, ob sie als Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete oder Nichtbetroffene zu gelten hatten. Die Entnazifizierung in der US-Zone – Vorbild für die anderen Besatzungszonen – erstrebte eine möglichst systematische Entfernung von ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und Führungspositionen auch auf unteren Ebenen. Jugendliche wurden amnestiert.

Im Laufe des Kalten Krieges bzw. schon in der Zeit davor ging das Interesse an der Entnazifizierung jedoch immer mehr verloren. In der Regel wurde sie 1949/1950 eingestellt. Es gab auch Fälle, in denen NS-Massenmörder von der Strafverfolgung ausgenommen wurden.

In manchen Behörden der US-Zone arbeiteten um diese Zeit mehr ehemalige Parteiangehörige als zur NS-Zeit. Der Prozess, in dem immer mehr „Altnazis“ in Politik, öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft bis hin in die Gewerkschaften wieder in Funktionsstellen gelangten, wird in manchen Darstellungen als „Renazifizierung“ bezeichnet. Andere halten dagegen, dass die Betroffenen lediglich auf einer mittleren Ebene mit dem NS-



System kooperiert hatten, ihre Einstellung jedoch inzwischen eine geläuterte gewesen sei und der Versuch einer durchaus ernstzunehmenden Neubelebung des alten Systems in der BRD ergebnislos verlief. Die Frage, ob die Entnazifizierung selbst gescheitert ist, bleibt umstritten.

### Der Wandel der US-amerikanischen Politik

Der Wandel der US-amerikanischen Politik vollzog sich unter dem Militärgouverneur und Befehlshaber der United States Army Europe and Africa (USAREUR-AF) Lucius D. Clay (1898–1978), der 1947 Joseph T. McNarney (1893–1972) ablöste. Er förderte eine exportorientierte Industriepolitik. Die ökonomisch und politisch begründete Bildung der Bizone beschleunigte das angeregte Re-Education-Programm. Es sollte eine liberal-demokratische politische Haltung im Westen verankern. Als Initiator für die Einrichtung der Berliner Luftbrücke (1848/49) blieb Clay in Westdeutschland in nachhaltiger Erinnerung und sorgte für ein sich positiv wandelndes Amerikabild der Deutschen.

Das zweite Änderungsgesetz vom 25. März 1948 riss erneut große Löcher in die ursprüngliche Konzeption. Das Beschäftigungsverbot galt nun nur noch für Hauptschuldige. Der öffentliche Kläger konnte bei den Belasteten frei, ohne vorheriges mündliches Verfahren, entscheiden, in welche Gruppe er die Betroffenen einordnete. Der Trend ging dahin, den juristisch geringsten Widerstand zu suchen und Berufungsverfahren zu vermeiden. In den noch anstehenden Verfahren wurden die Beklagten meist zu „Mitläufern“ erklärt. Die neue Richtlinie sah ein politisch stabiles Europa durch den Wiederaufbau der Wirtschaft auch in Deutschland vor.

Zum wesentlichen Ziel der Besatzungspolitik der USA wurde nun die „Re-Education“, d. h. die „Umerziehung“ der Deutschen hin zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern eines westlich orientierten, demokratischen Staates auf parlamentarischer Grundlage. Man unterscheidet zwischen Re-Education im engeren und im weiteren Sinne. Die Re-Education im engeren Sinne geschah in einer ersten Phase in den Westsektoren in Form der strafenden Belehrung und als Korrektiv. In einer zweiten Phase, die 1946/1947 mit der Truman-Doktrin einsetzte, lag der Akzent auf der Neuorientierung.

Die Kursänderung von der äußeren Belehrung zur Vermittlung einer inneren Überzeugung kennzeichnet den Wandel: *from directive to persuasion!* Die Indoktrination sollte durch einen möglichst offenen Diskurs ersetzt werden. Die US-amerikanische Politik, Deutschland nicht länger als Feind, sondern als zu unterstützenden Bündnispartner zu sehen, der kulturell an die Weimarer Zeit und weiteren demokratischen Traditionen anknüpfen konnte, zudem die Wirtschaftsförderung, einschließlich der Hilfsmaßnahmen US-amerikanischer Wohltätigkeitsorganisationen (Care-Pakete), die nachlassende „Säuberung“, die Begegnung mit US-amerikanischen Soldaten, ihre Schutzfunktion gegenüber russisch-kommunistischer Vereinnahmung, das Charisma einer überlegenen

Siegermacht und nicht zuletzt die Suche nach Orientierung einer jungen deutschen Generation schufen ein Klima, die USA und die europäischen Westalliierten als Verbündete zu sehen. Speziell die junge Nachkriegsgeneration entfaltete auch Eigeninitiativen, die nach neuen künstlerischen Ausdrucksformen strebte.

### **Re-Education, Konfrontation und Kultur**

Die erste Phase der Re-Education-Politik bestand in einer drastischen Konfrontation der Deutschen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und der Feststellung ihrer Beteiligung bzw. Mitschuld. Zu den Maßnahmen gehörten Zwangsbesuche der deutschen Bevölkerung in befreiten Konzentrationslagern sowie Vorführungen von KZ-Filmen, welche den Deutschen die Vergehen zeigten, indem sie die Schrecken und das zugefügte Leid der Verfolgten zu bleibenden Eindrücken werden ließen.

Die ersten „Trümmerfilme“, die nun in die deutschen Kinos gelangten, gingen über die abstrakte Beschämung hinaus und boten den Zuschauerinnen und Zuschauern eine stärkere Identifikationsmöglichkeit bzw. eine Perspektive eines möglichen Neuanfangs. Zu der Förderung der neuen Kultur zählten ferner Musikveranstaltungen und Revuen, nicht selten unter Beteiligung der US-Streitkräfte in Kooperation mit deutschen Musikerinnen und Musikern. Das Nachholbedürfnis der Deutschen nach Theater- sowie Musikaufführungen oder Kunstausstellungen nährte die Hoffnung auf ein neues Deutschland jenseits der NS-Vergangenheit bei allen Besatzungsmächten.

Zum US-Programm der Re-Education zählten neben dem umfassenden Filmprogramm Bürgerversammlungen und Diskussionsforen (ab 1946), die Neustrukturierung der Medienlandschaft und zahlreiche kulturelle Programme, zu denen die aus den ab Herbst 1945 eingerichteten „Reading Rooms“ hervorgegangenen „Amerikahäuser“ zählten. Das erste wurde in Berlin eröffnet. Es sollte das Verständnis für Politik und Kultur der USA fördern. Ein weiterer Schritt war die Einrichtung von „Education Service Centers“, die ab 1947 Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler initiierten.

Neben den Antifaschismus trat auch Antikommunismus. Gezielt wurden US-Literatur verbreitet und Schulformen nach US-amerikanischem Vorbild angeregt, letzteres jedoch erfolglos. Das traditionelle deutsche, dreigliedrige Schulsystem erwies sich gegenüber dem US-amerikanischen Modell als äußerst resistent. Zu sehr entsprach das klassische Schulsystem deutschen Bildungsidealen und der Ausbildung der Lehrkräfte. Die Entnazifizierung des Lehrkräftekollegiums gelang aufgrund des eklatanten Personalmangels nur oberflächlich. Sowohl an den Schulen als auch an den Universitäten fand keine radikale Entnazifizierung statt. Der Zweite Weltkrieg, das NS-System und dessen Auswirkungen, die Naziverbrechen und die Shoah sowie Fragen deutscher Schuld und Verantwortung waren noch lange keine Unterrichtsthemen.

Am wirksamsten erwiesen sich die improvisierte Verbreitung US-amerikanischer Populärkultur und der Austausch in Form persönlicher Beziehungen auf freiwilliger Basis, die eine kulturelle „Amerikanisierung“ vorantrieben. Groß waren ferner der Einfluss der US-amerikanischen Konsumkultur, die Präsenz US-amerikanischer Soldaten, konfessionelle Gemeinsamkeiten, die Unterstützung von Kirchenverbänden, der Besuch von sozialen Treffpunkten, Musikprogramme des AFN (*American Forces Network*).

### **Die Wiedereinrichtung der öffentlichen Medien**

Darüber hinaus richteten sämtliche Militärbehörden in den Besatzungszonen von ihnen kontrollierte Rundfunkanstalten und Zeitungen ein. Beteiligt wurden Deutsche unterschiedlicher politischer Grundeinstellung, die aus dem Exil zurückgekehrt waren und nun beim Aufbau in den zum Teil noch zerbombten Arbeitsräumen zusammen mit Redakteurinnen und Redakteuren der Besatzungsmächte publizierten.

Die ersten Zeitungen wurden von den Besatzungsmächten herausgegeben. Im Sommer 1945 gab es in der US-amerikanischen BZ bereits 13 Militärzeitungen mit einer Auflage von 4,6 Mio. Exemplaren. Im Herbst wurden die Zeitungen, dem alliierten Demokratisierungsplan entsprechend, eingestellt bzw. durch Lizenzierungen deutscher Organe ersetzt. In der SBZ und späteren DDR entstanden reine Parteiorgane, in den westlichen Zonen kontrollierte Organe mit überparteilichem Charakter. Im September 1949 wurde die Lizenzvergabe den deutschen Behörden übertragen.

### **Die britische und französische Besatzungszone**

Die Übertragung der politischen Verantwortung auf deutsche Behörden erfolgte in der britischen Besatzungszone später als in der US-amerikanischen. Im Großen und Ganzen folgte man jedoch dem US-Vorbild. Anfang 1946 bestimmte eine Anweisung, dass alle Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, die seit dem 1. Januar 1938 eine höhere Dienststelle eingenommen hatten, einen Fragebogen ausfüllen mussten. Dieser wurde überprüft und die Militärregierung entschied, wie die Betroffenen jeweils einzustufen waren. Es kam zu Massenentlassungen, nicht nur bei Behörden, sondern auch bei den Finanzinstituten. Gegen dieses schematische Verfahren gab es heftige Proteste, weswegen man im Dezember 1945 dem US-amerikanischen Beispiel folgte und eine begrenzte deutsche Mitwirkung zuließ. Eine neue Phase leitete die Kontrollrats-Direktive 24 vom 12. Januar 1946 ein. Sie vereinheitlichte das Verfahren in allen drei westlichen Besatzungszonen. In der britischen Zone gab es keine Registrierungspflicht. In der britischen und französischen Besatzungszone fiel die Urteilspraxis insgesamt milder aus als in der US-amerikanischen.

Neuere Forschungen belegen, dass die Entnazifizierung in der französischen Besatzungszone durchaus systematisch geschah. Ende Juli 1945 wurde die Militärregierung (*Gouvernement militaire de la zone française d'occupation*) in Baden-Baden eingerichtet. Zum *Commandant en Chef* wurde der Berufssoldat Pierre Marie Koenig ernannt, zu seinem Stellvertreter und Leiter der zivilen Besatzungsverwaltung (*Administrateur général*) Emile Laffon. Beide waren führende Vertreter der Résistance gewesen und genossen das volle Vertrauen General de Gaulles (1890–1970).

Man wollte sich in der französischen Zone bewusst vom strengeren Vorgehen der US-Amerikaner unterscheiden. In der französischen BZ mussten nicht alle Erwachsenen einen Fragebogen zur Entnazifizierung ausfüllen, sondern ausschließlich die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung sowie diejenigen, die eine Leitungsposition in der Wirtschaft innegehabt hatten, außerdem einige wenige Freiberufler. Nicht jedes NSDAP-Mitglied wurde entlassen. Gering Belastete wurden vorläufig im Schuldienst belassen, was die Gefahr von sogenannten „Mitläuferfabriken“ bewirkte.

Bei der politischen „Säuberung“ ging man schon ein halbes Jahr vor dem US-amerikanischen Befreiungsgesetz davon aus, dass durch einen kontinuierlichen Umerziehungsprozess der weniger Belasteten eine Mitwirkung derselben am Demokratisierungsprozess notwendig war.

Noch wesentlicher für die französische Entnazifizierungspolitik war die Dezentralisierung Deutschlands. So nahm man in der Anfangszeit in Kauf, dass die dezentralen Behörden bis zur Vereinheitlichung durchaus recht unterschiedlich verfahren.

### Die sowjetische Besatzungszone

Grundlegend anders als in den Westzonen verlief die Entnazifizierung in der SBZ. Von Anfang an war die moskautreue KPD-Führung am Entnazifizierungsprogramm beteiligt. Ziel war eine völlige Neustrukturierung der Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild.

Auch in der SBZ vollzog sich die Entnazifizierung in drei Phasen. Die erste reicht bis zur Einsetzung der Landes- und Provinzialverwaltungen im Juli 1945. In dieser Zeit wurde unsystematisch und örtlich sehr unterschiedlich verfahren, indem ehemalige aktive Funktionäre der NSDAP sowie Gestapo-Spitzel inhaftiert wurden, sofern man ihrer habhaft werden konnte. Eine wichtige Rolle wurde dabei den spontan gebildeten antifaschistischen, deutschen Ausschüssen zur Identifizierung der Belasteten eingeräumt. Als gesetzliche Grundlage galten zunächst die voneinander divergierenden Landesgesetze bzw. -verordnungen, ähnlich wie in der französischen, anders als in der US-amerikanischen und britischen BZ.

Die „Säuberung“ vom Nationalsozialismus erfolgte zuerst hinsichtlich jener, die während der Zeit des Nationalsozialismus in leitender Position tätig sowie jener, die bereits vor 1933 NSDAP-Mitglieder waren.

Im Vergleich zu Thüringen fiel die „Säuberung“ in den übrigen Ländern der SBZ drastischer aus. Nicht allein aktive Parteimitglieder wurden ihrer Ämter enthoben, sondern auch eine große Anzahl der Betriebsleitungen. Sämtliche Eigentümer von Unternehmen, die für die Kriegswirtschaft gearbeitet hatten, und dies waren von den großen die meisten, wurden nach einer Volksbefragung laut Landesgesetz Sachsens vom 30. Juni zu „Naziaktivisten und Kriegsverbrechern“ erklärt und enteignet, ihre Betriebe verstaatlicht.

Noch vor dem Westen gestattete die sowjetische Militärregierung die Bildung von Parteien, die erst in der zweiten Phase im „Block der antifaschistischen-demokratischen Parteien“ (KPD, SPD, CDU, LDPD) Ende Oktober 1945 zu ersten formulierten Richtlinien fanden, die von NS-Aktiven „Sühneleistungen“ forderten. Ausgenommen waren allerdings nicht nur Nichtparteimitglieder, sondern auch Minderbelastete, die ihre politische Vergangenheit bereuten. Auch in der SBZ waren sie nur vorläufig von politischen Ämtern ausgeschlossen. Auf ein starres Schema verzichtete man auch hier.

Einschneidender nahm sich hingegen die Neubesetzung der durch die Entnazifizierung frei gewordenen Ämter aus. Während die Westalliierten bei der Besetzung auf bewährte Politikerinnen und Politiker sowie Fachpersonal aus den politischen Parteien der Weimarer Republik zurückgriffen, bevorzugte man in der SBZ konsequent Mitglieder der KPD bzw. später der SED. Das kommunistische Machtmonopol sollte in Staat und Gesellschaft unter sowjetischer Führung durchgesetzt werden. Diesem entsprachen auch die angestrebte Bodenreform und die Verstaatlichung aller Banken sowie der Großunternehmen und mittelständischen Betriebe.

Die dritte Phase der Entnazifizierung war gekennzeichnet durch Massenentlassungen. Die Übernahme der Direktive sollte die sowjetische Position für die Moskauer Außenministerkonferenz stärken. Der Prozess der Entnazifizierung wurde auf eine neue organisatorische Grundlage gestellt, die SBZ administrativ vereinheitlicht. In den „Säuberungskommissionen“ der Landesmilitärregierungen verlagerte sich das parteipolitische Gewicht zugunsten der SED. Die neue Überprüfungswelle führte zu einer Überlastung der Kommissionen sowie zu einem Mangel an Fachkräften.

Im August 1947 setzte die vierte und letzte Phase der Entnazifizierung in der SBZ ein. Eingeleitet wurde sie durch den Befehl Nr. 201 der sowjetischen Militäradministration. Dieser stellte die Entnazifizierung auf eine einheitliche Rechtsgrundlage, die für alle Länder und alle Bereiche galt. Alle nur nominellen ehemaligen NSDAP-Mitglieder konnten nun ihre volle Rehabilitation erreichen und ihre bürgerlichen Rechte wiedererlangen.

Das offizielle Ende der Entnazifizierung in der SBZ verkündete schließlich der SMAD-Befehl 35 von 1948. Er enthüllte, dass die Entnazifizierung von den Sowjets instrumentalisiert worden war. Im Unterschied zum Westen kam es in der SBZ mit einigen Ausnahmen zu einem radikalen Austausch der Eliten, allerdings vor allem vor dem Hintergrund sozi-

alistischer Ideen: Es wurden Menschen gefördert, die aus der Arbeiterschicht stammten, während das Besitzbürgertum weitgehend entmachtet wurde.

Zur Entnazifizierung in der SBZ zählen auch Internierungslager, die teils bestehende KZs der NS-Zeit nutzten, bezeichnet als „Speziallager“. Zwischen 1945 und 1948 gab es insgesamt zehn, bis 1950 noch drei: Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen. Hinzu kamen Lager im Osten.

Die sowjetischen Besatzer wurden bei den Verhaftungen von den von ihnen kontrollierten deutschen Behörden unterstützt. Der illegale Militärapparat der KPD arbeitete mit der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zusammen. 1950 wechselte die Zuständigkeit in das neu gegründete Ministerium für Staatsicherheit.

In den Internierungslagern waren nicht nur ehemalige nationalsozialistische Verbrecherinnen und Verbrecher interniert. In zunehmenden Maß füllten sich die Lager mit politisch unerwünschten Personen, die unter menschenverachtenden Bedingungen und Folter untergebracht waren.

### **Kultur und Medien in der SBZ**

Nachdem die Rote Armee Berlin besetzt hatte, verfügte noch am 6. Juni 1945 die sowjetische Besatzungsmacht, den Sitz der NS-Reichskulturkammer auf Anregung des Schauspielers Paul Wegener zum Sitz der „Kammer der Kulturschaffenden“ zu machen. Die Fragwürdigkeit des aus der NS-Ideologie übernommenen Begriffs „Kulturschaffender“ blieb auch in der späteren DDR lange Zeit unentdeckt, und ist auch in der heutigen Bundesrepublik in Gebrauch.

Obwohl er auch in NS-Propagandafilmen mitgewirkt hatte, wurde Wegener zum Präsidenten eingesetzt. Die Aufgabe der in der britischen Zone liegenden Kammer war die Entnazifizierung der Kultur. Ehemalige, in der NS-Zeit gefeierte Künstler hatten sich vor der Kammer zu rechtfertigen. Das Haus zeigte die erste freie Kunstausstellung nach dem Krieg mit expressionistischen Werken, die im NS-Staat als „entartet“ diffamiert waren und setzte damit ein Zeichen der Distanz zum Nationalsozialismus.

Die Tätigkeit der Kammer endete im August 1946, als der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ seinen Sitz in den sowjetischen Sektor Berlins verlegte. Dieser war am 8. August 1945 von dem kommunistischen Emigranten und expressionistischen Dichter Johannes R. Becher (1891–1958), Verfasser der DDR-Nationalhymne, und anderen Intellektuellen gegründet worden. Deutlich war die Anknüpfung an die Kultur der Weimarer Zeit. Überhaupt wurde die „Wiedergewinnung“ des kulturellen Erbes propagiert. Humanismus und Sozialismus, so der ideologische Ansatz, galt es im Zuge der Erziehung zusammenzuführen.

Die propagierte antifaschistische Gesinnung entsprach einer zu fördernden sozialistischen Kultur, die auf der Basis humanistischer Traditionen gesehen wurde. Das erstmals

1946 erschienene Organ des Kulturbundes *Sonntag* trug seinen Namen bewusst, indem sich die neue Kultur in der SBZ nicht nur als Alternative zur NS-Ideologie, sondern zugleich als eine zur bürgerlich-kirchlichen verstand. Im Zuge der Vereinnahmung sämtlicher Kulturorganisationen wurden auch minder belastete, ehemalige Parteimitglieder aufgenommen, um diese in das neu zu schaffende Kultursystem zu integrieren.

Am 18. August 1945 erhielt der Aufbau Verlag in Berlin auf Betreiben des Kulturbundes eine Lizenz. Er wurde bald zum führenden belletristischen Verlag der SBZ und der späteren DDR. Das vom Kulturbund vorgegebene Programm umfasste das Erbe der deutschen, antifaschistischen und humanistischen Kultur. Dazu wurden Bücher herausgegeben, die sich kritisch mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzten.

### Didaktisch-methodische Hinweise

Die Unterrichtseinheit, die sich kritisch mit der Vergangenheitspolitik und der „Vergangenheitsbewältigung“, speziell mit dem Umgang der Alliierten mit dem Nationalsozialismus in den Besatzungszonen auseinandersetzt, ist fester Bestandteil der Curricula der Sekundarstufe II und der Vorbereitung auf das Abitur. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie in einem Land voller Täter, Mithelfer und Mitwisser der Shoah sich eine Demokratie durchsetzen konnte bzw. ob und inwieweit eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit geschah. Weiterführend werden der komplexe Demokratisierungsprozess im geteilten Deutschland, die unterschiedlichen Ansätze in Ost und West sowie der Einfluss der Siegermächte erschlossen.

Die Unterrichtsreihe gliedert sich in aufeinander aufbauende Teile. Zunächst (**M1–M2**) werden anhand von Karten die **Verschiebungen der Staatsgrenzen** vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgezeigt (**M1**). Die Schülerinnen und Schüler erkennen die sich hieraus ergebenden Probleme für das Staatsbewusstsein als Herausforderung. Außerdem erkennen sie, wie tiefgreifend die **Spuren und Relikte des Krieges und der NS-Herrschaft** waren und Nachkriegsdeutschland belasteten (**M2**). Es bietet sich an, Vergleiche zu heute zu ziehen. Gibt es ähnliche Probleme? Zum Beispiel: Wohnraum, Arbeit, politische Mitbestimmung, Bewältigung von Traumata, kulturelle Identitäten und Integration, Versorgung mit Nahrung und Wohnraum, Sprache und Bildung, Religion, Sozialneid oder Fragen der Nation. Das Beherrschen von Interviewtechniken wird vorausgesetzt. Bei der Frage nach dem Stellenwert der Aufarbeitung des Nationalsozialismus kann es sein, dass das Thema bei den Schülerinnen und Schülern zunächst als „überholt“ wahrgenommen wird. Sie sollten aktuelle Beispiele parat haben, in denen die Aktualität des Themas anschaulich wird.

Im zweiten Teil gewinnen die Lernenden einen Überblick über die von den Alliierten vereinbarten **Beschlüsse zur Entnazifizierung (M3–M13)**. Sie arbeiten heraus, wie unterschiedlich die dann erfolgte „Säuberung“ und die Etablierung einer neuen Füh-

rungsschicht und politischen Ordnung in **Ost und West** abliefe. Dabei stehen die US-amerikanische und sowjetische Besatzungszone im Mittelpunkt der Untersuchung. Bei dem **Rollenspiel** in **M4** empfiehlt es sich, Rollenkärtchen auszugeben. Die „Fishbowl“-Methode oder das Multiple Verfahren sind mögliche Optionen. Auch bei der **Diskussionsrunde** in **M8** sollten die Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vorfeld besprochen und festgelegt werden.

Im dritten Teil (**M14–M19**) der Unterrichtsmaterialien geht es um **Re-Education** und die **Wiederbelebung des kulturellen und politischen Lebens** in den Besatzungszonen.

Dabei stellt sich die Frage nach der Art und Relevanz von Kultur. Der Rückgriff auf die Klassiker von Weimar ist bezeichnend. Sie versprachen eine scheinbar unbelastete Kontinuität. Doch man bediente sich auch bei kulturellen Entwicklungen in den Ländern der Alliierten und es gab teils eine Hinwendung zu von den Nationalsozialisten verfeimten Werken. Hier sollte neben der Betrachtung der Entwicklung der Nachkriegszeit auf die **Bedeutung von Kultur überhaupt** eingegangen werden: Welchen Stellenwert nimmt sie ein, welche sozialen Funktionen erfüllt sie? Diese Fragen sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer multikulturellen Gesellschaft zu sehen.

### Weiterführende Medien

- Bajohr, Frank/Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. C.H. Beck. 2. Auflage München 2020.  
Wie ging die deutsche Bevölkerung mit ihrer Kenntnis von Judenverfolgung und Holocaust um und wie reagierte die NS-Führung auf die weltweite Diskussion dieser Verbrechen? Das Buch belegt, inwiefern Antisemitismus auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhte.
- Benz, Wolfgang: Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung. Bundeszentrale für politische Bildung vom 13.07.2005. Online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-1945-1949-259/10067/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/>.  
Überblicksdarstellung, die zur Einführung gelesen werden kann. Sie eignet sich auch für Schülerinnen und Schüler zum Selbststudium.
- Brechtken, Magnus (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Wallstein Verlag. Göttingen 2021.  
Überblick zu den wichtigsten Themen der Aufarbeitung des NS in 30 Beiträgen. Sie bieten anschauliche Zusammenfassungen der aktuellen Forschung.



- ▶ Echternkamp, Jörg: Die Ahndung von NS- und Kriegsverbrechen in der SBZ/DDR. Bundeszentrale für politische Bildung vom 08.09.2015. Online unter: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/der-zweite-weltkrieg/211771/die-ahndung-von-ns-und-kriegsverbrechen-in-der-sbz-ddr/>. Leicht verfügbares Material für den Unterricht, das die SBZ aufarbeitet.
- ▶ Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. C.H. Beck. München 2012.  
Die Untersuchung geht über die Besatzungszeit hinaus und schildert, wie sich die DDR und die BRD zu dem schon 1949 geforderten „Schlussstrich“ unter die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stellten.
- ▶ Füssel, Karl-Heinz: Die Umerziehung der Deutschen Jugend. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges 1945–1955. Schöningh. Paderborn u. a. 1994.  
Kompakte Darstellung der Umerziehung. Beleuchtet den Einfluss der Alliierten auf die Bildung der Nachkriegsgeneration.
- ▶ Von Plato, Alexander/Leh, Almut: Ein unglaublicher Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland. Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, Bd. 1104). Bonn 2011.  
Ein gute Überblicksdarstellung mit reichhaltigem Quellenmaterial.
- ▶ <https://www.alliiertenmuseum.de/thema/entnazifizierung/>.  
Überblick des Alliiertenmuseums über die Entnazifizierungsverfahren in Ost und West.
- ▶ <https://www.bundestag.de/resource/blob/414744/78fc7c8a664a0d7d87621bd9e/bc4ed40/wd-1-072-11-pdf-data.pdf>.  
Überblick der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2011 auf wissenschaftlicher Grundlage, einschließlich Tabellen und weiterführender Literatur.
- ▶ <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/entnazifizierung-und-antifaschismus/entnazifizierung.html>.  
Überblicksdarstellungen des Lebendiges Museums online (Lemo)zum Thema „Entnazifizierung“.
- ▶ <https://www.youtube.com/watch?v=9IWU6-UL6Fk>.  
Der Dokumentarfilm „Die kleinen Nazis – Das Dilemma der Entnazifizierung“ aus dem Jahr 1981 wirft einen kritischen Blick auf unterschiedliche Formen der Entnazifizierung.

[Alle Links zuletzt abgerufen am 18.11.2023]

# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

**Auszug aus:**

*Entnazifizierung und Re-Education*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)



## Entnazifizierung und Re-Education – Umgang mit dem Nationalsozialismus in den Besatzungszonen

Wolfgang Heinrichs



Die Vergangenheitsbewältigung im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre war wesentlich bestimmt von den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Alliierten. Die praktische Umsetzung der Entnazifizierung verlief in jeder Besatzungszone unterschiedlich. Während Re-Education-Maßnahmen in den westlichen Besatzungsbezirken die Bindung an den Westen fördern sollte, zwang in der SBZ sowjetische Ideologie Erbauer, die SchülerInnen und Schüler einzulagern das Problem der Entnazifizierung in Deutschland nach 1945 und diskutieren den Umgang damit.

RAABE  
LEHRER-REKURSE